

Bürgerlicher Einheitsbrei

– brought to you by Tamedia®

Ein Editio von Raphael Wyss

Seit 2007 verfügt Tamedia mit der „Berner Zeitung“ und dem „Bund“ über ein De-Facto-Monopol im Berner Printjournalismus. Die einst unabhängigen Lokalredaktionen wurden sukzessive kleingespart und schliesslich 2020 in eine gemeinsame Redaktion zusammengeführt. Das Resultat war eine bedenkliche Vereinheitlichung der Berichterstattung über das Geschehen in der Region Bern. Engagierte Journalist*innen versuchen mit Online-Angeboten den Einheitsbrei aufzumischen.

„Mitte-rechts meldet sich in der Stadt Bern zurück“ war letzten Montag in „Bund“ und „BZ“ zu lesen. Dies, nachdem die Bürgerlichen in der Budgetabstimmung mit 44% Nein-Stimmen einen vermeintlichen Achtungserfolg erzielt hatten. Es war der vorläufige Schlusspunkt einer seit Monaten andauernden kampagnenähnlichen Berichterstattung der Tamedia-Blätter zur oder besser gegen die stadtberner Budgetpolitik. Seit Anfang September wurde die Finanzkompetenz von Gemeinderat und linker Mehrheit im Parlament systematisch in Zweifel gezogen. Neben der rekordverdächtig tiefen Wahlbeteiligung dürfte es denn vor allem an der einseitigen Tamedia-Berichterstattung gelegen haben, dass das Budget nicht so hoch angenommen wurde wie in den letzten Jahren. Dies hinderte die Tamedia-Redaktion nicht daran, in besagtem Artikel mehrere junge (oder eher nicht ganz alte) bürgerliche Ratsmitglieder für ihr angebliches rhetorisches Geschick in der Debatte zu loben und zur künftigen Alternative zu Rot-Grün hochzuschreiben.

Die einseitige Berichterstattung der Tamedia-Blätter zur Berner Finanzpolitik wäre nicht so tragisch, wenn es in Bern ein ähnlich grosses Medium gäbe, das eine andere Perspektive auf die Thematik bieten würde. Gibt es aber nicht. 2020 hat Tamedia das sogenannte „Berner Modell“ mit zwei weitgehend unabhängigen Redaktionen für „Bund“ und „Berner Zeitung“ aufgegeben, obwohl sich die Zürcher Zentrale kurz zuvor noch explizit dazu bekannte. Dem Vernehmen nach war das Modell, das trotz der Print-Krise finanziell tragfähig war, dem hochprofitablen Mutterkonzern „TX Group“ zu wenig rentabel. Somit werden die Berichterstattungen der zwei einzigen Berner Tageszeitungen heute von ein und derselben Redaktion verfasst. Die Deutungshoheit über das politische und kulturelle Geschehen in der Region Bern wurde damit faktisch einem einzigen, überschaubaren Team von Journalist*innen übertragen.

... Weiter gehts auf Seite 2

... Fortsetzung von Seite 1

Wie es die Budget-Berichterstattung wiederum bestätigte, ist die Einheitsredaktion zumindest in Finanzfragen klar bürgerlich eingestellt. Ein Grossteil der politischen Berichterstattung erschöpft sich denn auch in kritischen Artikeln zur Ausgabenpolitik von Gemeinde- und Stadtrat. Tiefergehende thematische Auseinandersetzungen mit der Stadtpolitik sind eher selten, eine kritisch-linke Perspektive auf die Politik von RGM fehlt ganz.

Was lässt sich für mehr Medienvielfalt in der Stadt Bern tun? Mehrere engagierte Journalist*innen versuchen, mit innovativen Online-Angeboten Gegensteuer zu geben. Mehr dazu im nächsten JA!rgon...

Neonazis fühlen sich in der Schweiz wohl – wo bleibt der Aufschrei?!

von Livia Calabretti und Mahir Sancar

Leider sind Neonazis keine Neuheit in der Schweiz. Seit einiger Zeit vor allem seitdem sie Anfang Jahr eine Coronamassnahmegegner*innenbewegung angeführt haben, zeigt sich die rechtsextreme Gruppe «Junge Tat» vermehrt sehr provokant in der Öffentlichkeit. Sie zeigen sogar offen ihre Gesichter.

Die JA! stört es, dass dies überhaupt möglich ist. Wie auch der Bund am 17.11.2022 («Wieso stoppt niemand die Junge Tat?») und nachdem der Tagesanzeiger einen mehrseitigen, von einer Videodokumentation begleiteten Bericht über diese Gruppierung machte, fragen wir uns, wo bleibt der Aufschrei? Wieso macht niemand etwas dagegen, dass sich Rechtsextreme wohl in unserer Gesellschaft fühlen?

Nachdem diese Gruppierung am 16. Oktober 2022 die Lesestunde «Drag Story Time» für Kinder im Zürcher Tanzhaus störte, indem mehrere Personen Rauchfackeln zündeten und Parolen riefen, gab es einen kleinen Aufschrei, der aber kaum über die Grenzen der LGBTQIA+-Community hinausging. Kantone und Bund schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die Überwachung der Gruppierung bzw. Prävention von Auseinandersetzungen zu, ohne tätig zu werden. Doch am meisten stört uns die Stille in der Zivilgesellschaft! Wo bleibt der Aufschrei? Wo bleiben die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus? Wo bleiben die Zeichen, dass diese Art von

Verhalten und Diskriminierung von der Zivilgesellschaft nicht getragen werden, nicht salonfähig sind und klar verurteilt werden? Und wieso bleiben all diese Reaktionen aus?

Der Zürcher Gemeinderat reagierte, die Parteien verurteilen gemeinsam die Aktion der Gruppierung im Zürcher Tanzhaus. Alle Parteien? Nein, die SVP weigert sich, und wirft den übrigen Parteien Heuchlerei vor. Die Ratslinke (offenbar alle Parteien ausser die SVP) habe sich gegen ihre Forderungen nach mehr Polizei ausgesprochen und fordere nun mehr Polizei ein. Dass es hierbei nicht um die Frage der Polizei geht, sondern darum, dass Faschismus salonfähiger wird, und die SVP mit ihrer Weigerung eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen, dies noch beflügelt, wurde nicht eingesehen. Schliesslich forderte die SVP, dass die Veranstaltungsreihe im Zürcher Tanzhaus, bei der Dragqueens Kindern Geschichten vorlesen, gestoppt werden. Was für eine Frechheit! Und dass die Zürcher SVP damit in die gleiche Kerbe schnitzt wie die Junge Tat bei ihrer Aktion, ist offensichtlich und erschreckend!

Die JA! stellt sich mit aller Kraft, auf der Strasse und in der Politik, gegen Diskriminierung von Mitgliedern der Gesellschaft und setzen sich dafür ein, dass sich Rechtsextreme hier bei uns nicht wohl fühlen.



Drag Story Time im Zürcher Tanzhaus

Kommentar und Quellen:

Die verschiedenen von uns zitierten Artikel geben eine gute Übersicht über das Problem, deshalb wollen wir dies hier nicht noch einmal aufbrezeln. Im Megafon vom November 2022 sind darüber hinaus eineinhalb Seiten einer sehr lehrreichen und einfach zu verstehenden Erklärung der verschiedenen Begriffe, die dem «rechts-sein» zugeordnet werden (z.B. Konservatismus, Rechtspopulismus) gewidmet.

Adventszeit im Konjunktiv

**Es geht noch zwanzig,
noch neun,
noch fünf Tage
bis Weihnachten.**

von Eva Krattiger

Die Adventszeit soll eine besinnliche, friedliche und winterliche Zeit sein. Doch ist sie das wirklich? Gerade fällt es etwas schwer, sich in die weihnachtliche Vorfreude zu versetzen. Mit dem Krieg in der Ukraine (und an ganz vielen anderen Orten dieser Welt) kann von Frieden keine Rede sein. Zwischendurch ist es zwar auch mal winterlich kalt, doch von Schnee keine Spur – Klimawandel lässt grüssen. Und Besinnlichkeit ist bei all diesem Weihnachtskommerz auch nicht wirklich das richtige Stichwort. Stattdessen ist die Adventszeit für viele Menschen eine stressige Zeit mit vollen Agenden, fehlender Energie aufgrund der kurzen dunklen Tage und zusätzlich kommen noch der Gschänklstress und der Bammel dazu, welche Verwandten am diesjährigen Weihnachtsessen wieder aneinandergeraten werden.

Eigentlich wäre die Weihnachtszeit ja eine schöne Zeit, die nicht mit so viel Stress verbunden sein müsste. Eine, in der man die Zeit mit den Menschen, die man gern hat, noch etwas mehr geniessen könnte als sonst. Beim Grittibänz:innenbacken. Beim Güzeele. Beim Auf-dem-Sofa-Sitzen vor dem Adventskranz. Beim Theaterbesuch oder Filmeschauen. Beim Punsch-, Bier- oder Glühweintrinken. Denn gemeinsames Zeitverbringen und -geniessen ginge auch wenn andernorts Krieg herrscht. Es ginge ohne überfüllte Läden mit sich gegenseitig überbietenden Rabatten. Es ginge trotz Klimakrise und trotz fehlendem Schnee. Ob es auch ohne Konjunktiv geht?

Kindheit

Eine Buchempfehlung von Nora Joos

Ich fühle vieles beim Lesen, beim Seiten umschlagen, beim Wörter verschlingen, nach dem Buchdeckel zuklappen. Ich fühle mich zurückversetzt in meine Kindheit, in mein Aufwachsen im Fischermätteli, in der Schweiz in einer 6köpfigen, privilegierten, bildungsnahen Familie, in den Nullerjahren. Mein Kontext, ein ganz anderer als jener, den Tove Ditlevsen wortgewandt beschreibt: 1920 in Kopenhagen. Achtzig Jahre früher als meine Kindheit, beschreibt sie 1967 ihre. Ein Heranwachsen in einfachen, bildungsfernen Verhältnissen, im Arbeitermilieu, vom Entdecken der dänischen Stadt. Und doch finde ich meine Kindheit in ihrer wieder. Vom Kind, vom Mädchen bis zum Frau sein. Von der kindlichen Naivität, vom Fragen stellen bis zum grossen Weltverstehen. Aber eigentlich möchte die heranwachsende Tove nur Schriftstellerin werden. Und dies wird sie schlussendlich auch.



Ihre Kopenhagener Trilogie Kindheit, Jugend und Abhängigkeit, keine reine Autobiografie, aber inspiriert von ihrem Leben, ist seit der Übersetzung auch im deutschsprachigen Raum geschätzt. Mit bemerkenswert wenigen Worten, alle drei Bände sind sehr schmal, beschreibt Tove Ditlevsen den Kampf einer weiblich sozialisierten Person gegen die gesellschaftlichen Normen von gestern, heute und morgen. Ein Buch, das auch im jetzigen Jahrhundert seine Aktualität nicht verloren hat.

30 Jahr si gnue!

Rede von der JA! und JUSO anlässlich des 30-jährigen RGM-Jubiläums am 9. Dezember

Liebi Fründ*inne, Familie und Bekannti vo RGM: Mir hei üs hüt hie versammelt zum RGM z gedenke. Mir Jungpartei hei üs immer wider a däm Bündnis abgearbeitet, üs d Zähni a ihm usbisse und sis erwartete Abläbe bejublet. Und glich ischs jedesmau wider unter Quale uferstande. Widerhout heimer versuecht us em uneinige und inhaltlech wenig pointierte RGM-Brei, klari linggi Positione usezpressen. Glunge ischs üs niso wüch u i Erinnerig blibe werde üs itz äüä angeri Errungeschafte, wi die wo dr Bund 2016 nach de Wahle het feschtgsteut: "Die Bürgerlichen müssen erst noch lernen, was die rot-grünen Parteien im Wahlkampf vorgelebt haben: Man kann gegeneinander intrigieren und einander hassen, ohne deswegen auf ein Bündnis zu verzichten." So hei mir RGM glehrt kenne - und verlernt z schetze.

RGM isch gebore aus Zwäckbündnis, oder wis dr Bund nennt, aus "Selbsthilfezusammenschluss der Mittel-links-Parteien gegen die arrogante Machtpolitik der Bürgerlichen." Das Ziu het me durchaus erreicht: sit 1992 hei mir ir Stadt Bärn e nid-bürgerlechi Mehrheit sowohl im Gmeinrat wi o im Stadtrat. Das isch aber nid z verwächsle mitere lingge Mehrheit.

RGM isch scho immer prägt gsi vo inhaltleche Uneinigkeite. Wie d GFL wo mit de Bürgerleche stimmt, d SP wo ja niemerem wott ufd Füess stah und scho gar nid irne Gmeindrät*inne und ds GB wo unter protescht uf linggeri und ökologischeri Positione verzichtet. Einige chamesech offebar nur uf: "Weniger isch weniger" oder "lifere statt lafere".

Immer meh isch RGM zumne freudlose Pflichtprogramm worde, wis dr Bund scho 2008 diagnostiziert het. Weniger Inhalt bietet weniger Agriffsflächi und meh Machterhaut. Vomne inhaltleche Bündnis gägene bürgerlechi Mehrheit isch nur no z Bündnis füre Machterhaut an sich blibe. Unvergässe blibt dr Schiintod und d

Widerbeläbig vom Bündnis rund um d Stadtpräsidentumswahle 2016. Und so blibts bis hüt dr Verdienst vo RGM, dass di Bürgerleche zwar scho lang ke Stadtpräsident meh gsteut hei - aber RGM haut o ke Stadtpräsidentin.

Ja, u doch het RGM o einiges erreicht i dene bewegte 30 Jahr. Da wär mau d Abschaffig vo dr Stadtpolizei 2008. Sithär fröie mir üs aui selbstverständlech über d Presänz vor Kantonspolizei uf Stadtgebiet und dases ou 15 Jahr speter no ke unabhängigi Ombudssteu git. Ou d Klimapolitik isch es grosses Lob wärt, wü seubscht mit mitere lingge Mehrheit isch Netto 0 bis 2030 oder sogar 2040 anschinend nid möglich. Und das trotz em ja so bedingigslose Widerstand gäge Outobahnusbou. Tja, es geit haut nur ume Glymau



Wandu. Soviu zur Klimakrise.

RGM hingerlat e grossi Truurgmeinschaft. E Stadtbevölkerig wo immer no nie e Stadtpräsidentin het gha. D Burger wo im Gmeindrat so presänt si wi scho lang nümme. Aber ou es dütlech linggers Grüens Bündnis wo hüt glücklecherwis nümme drüber nachedänkt mit dr GFL z fusioniere. Und e starchi JUSO und JA! mit meh Parlamäntssitze aus je zavor.

Liebs RGM, scho im Jahr 2000 hetme zerscht mau gseit du sigsch "faktisch am Endi". Drnah bisch no mehrmaus für Schintod, churz vorem Endi u sogar für klinisch tot erklärt worde. Mir finge dases itz mau ar Zyt isch, ds Bündnis ändgütig z beärdige.

Mir wünsche üs, dass di drü Parteie wider eigeständigeri Politik mache, klareri Positione beziehe und nid Kompromisse imne schindemokratische RGM-Forum ushandle. Begrabemer di Ära vomne drissgjährige Quaubündnis und stossemer zäme ah ufenes linggers, muetigers und geng wi bessers Bärn.

Nachhaltige alpine Solar

von Gregor Schmucki

Eine vollständige erneuerbare Energieerzeugung bringt die Gefahr von einer Versorgungslücke im Winterhalbjahr mit sich. Grund dafür ist der erhöhte Energiebedarf in der kalten Jahreszeit, sowie die geringere Kapazität von Photovoltaik (PV) Anlagen während dem Winter. Pumpspeicherkraftwerke vermögen diese saisonalen Schwankungen nur bedingt abfedern. Die Globalstrahlung (die Strahlung, die bei uns auf der Erdoberfläche ankommt) ist im Winterhalbjahr geringer (erhöhte Distanz durch die Atmosphäre). Im Mittelland kommt hierzu noch der Nebel, in den Bergen jedoch der Schnee. Der Nebel schränkt die Leistung der Solaranlagen weiter ein. Weisser Schnee hingegen hat einen hohen Albedo Wert und reflektiert dadurch viel Strahlung zum Solarpanel, was dessen Leistung bei guter Ausrichtung drastisch erhöht.

Der Aufruf nach grossflächigen alpinen PV-Kraftwerken ist durchaus berechtigt. Doch alpine Gebirgsräume sind nun auch einmal fast die einzigen «wild» gebliebenen Gebieten der Schweiz. Sie sind die letzten grossflächigen Rückzugsräume für viele Tier- und Pflanzenarten. Schroffe alpine Landschaften, so aber auch landwirtschaftliche genutzte Kulturlandflächen verfügen über hohe Landschaftsqualitäten. Wieso bitte genau solche intakten Landschaften wie etwa das alpwirtschaftliche geprägte Gebiet oberhalb Gondo oder das Triftgletschervorfeld verbauen? In den schweizer Gebirgskantonen gibt es schon eine Vielzahl von stark anthropogen geprägten Landschaften. So besteht entlang Strassen, Siedlungsräumen und Skigebieten zum grossen Teil schon die nötige Infrastruktur für PV-Kraftwerke. Wer einmal im Sommer in einem Skigebiet war, weiss dass die einmalige hohe Landschaftsqualität einer solchen Region bereits stark dezimiert ist.

Der Ausbau von «nachhaltigen» Energien ist sehr zu begrüssen. Der nachhaltige Umgang mit unserer Ressource Landschaft sollte dabei jedoch nicht vergessen werden, denn Nachhaltigkeit hat ja so einige Aspekte. Und was natürlich in diesem Diskus nicht vergessen werden sollte, ist die Effizienz und Suffizienz.

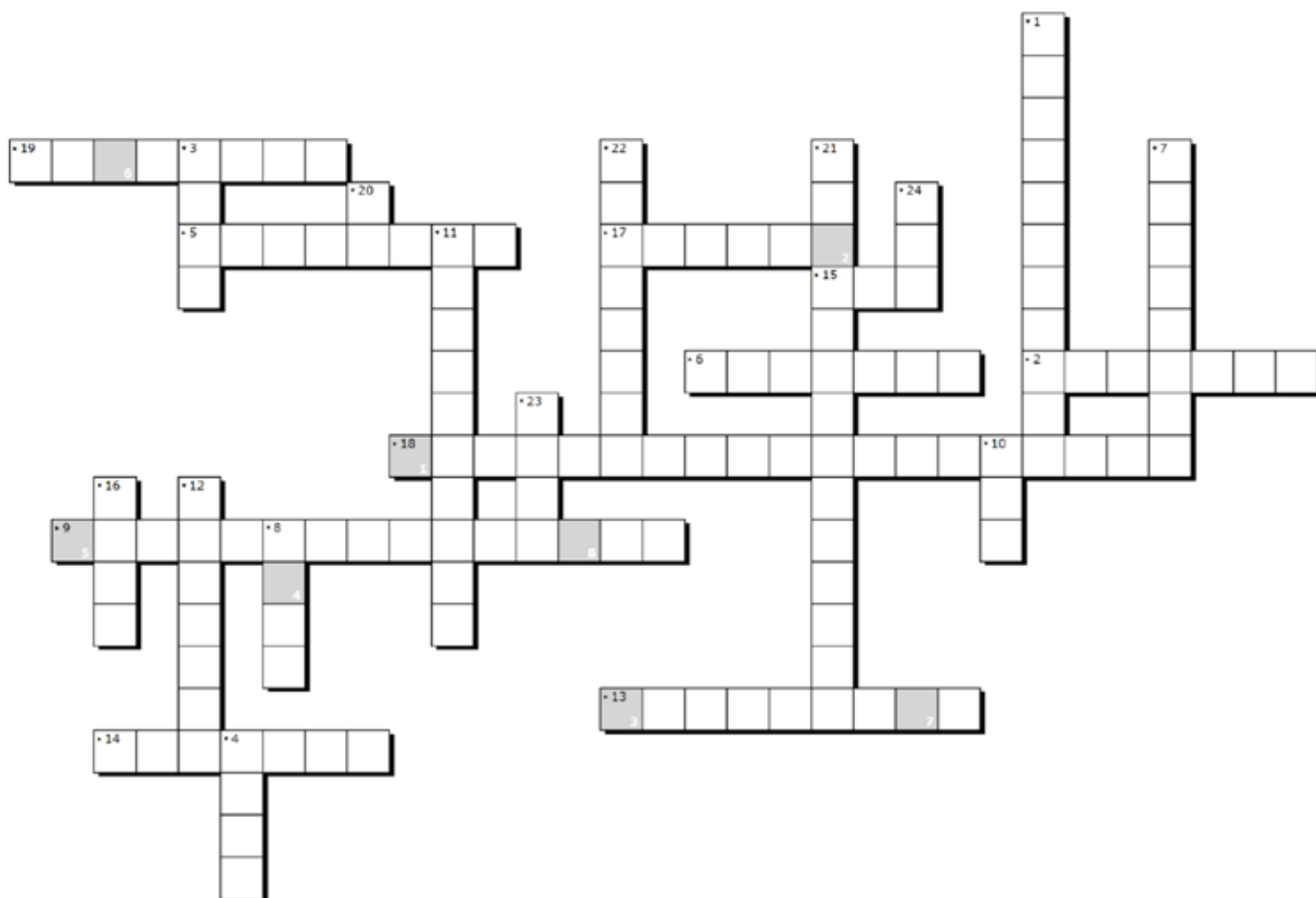
Ist Bern auf Klimakurs?

Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Und auch die Stadt Bern hat Klimaziele. Die Stadtverwaltung will bis 2025 ihre CO₂-eq-Emissionen um 50% gegenüber 2008 senken. CO₂-eq-Emissionen auf Stadtgebiet sollen ebenfalls bis 2035 gegenüber 2008 um 30% zurückgehen. Und mit dem Klimareglement kommen noch ambitionierte Vorgaben. Doch machen wir tatsächlich Fortschritt? Welche Hebel hat die Stadt in der Hand, und wo ist sie auf externe Akteure angewiesen?

Die bereichsspezifischen Klimaziele betreffen Strom, Wärme und Mobilität. Aus Platzgründen gehe ich hier nur auf die Ziele für das Stadtgebiet ein, die Ziele für die Stadtverwaltung sind im Bericht separat aufgeführt. Im Bereich Wärme ist die Stadt dank Gebäudesanierungen und Heizungsersatz auf gutem Wege, das Ziel der Reduktion der Wärme um 15% und die Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren auf 40% zu erreichen, allerdings sind diese Ziele zu wenig ambitioniert. Es wäre dringend notwendig, dass die Stadt Druck beim Kanton und beim Bund ausübt. Sie hätten die notwendigen Kompetenzen, um eine Sanierungspflicht für Gebäude oder Austauschpflicht für Heizungen einzuführen.

Um die Energiewende zu schaffen, muss insgesamt weniger Energie und mehr Energie als Strom verbraucht werden. Da bekanntlich immer mehr Anwendungen elektrifiziert werden sollen, hat sich die Stadt kein Reduktionsziel für Strom gesetzt, der Verbrauch darf aber 2025 maximal 5% über den Wert von 2008 sein. Erfreulicherweise zeichnet(e) sich (auch vor der Pandemie) ein klarer Abwärtstrend ab, wobei die Gründe dafür nicht eindeutig sind. Besorgniserregend ist dahingegen, dass der Anteil erneuerbarer Energie sich gar nicht gemäss Ziel in Richtung 65% bewegt, sondern hartnäckig im 40-50%-Bereich bleibt. In seiner Antwort auf eine Anfrage des Grünen Bündnisses erklärt das Amt für Umweltschutz, dass dies im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass der lokale Stromanbieter seine Beteiligung an Atomkraftwerken nicht verkaufen kann, weil solche Investitionen für andere Käufer zu wenig attraktiv sind. Ausserdem kann die Stadt keine Solar- oder PV-Pflicht einführen, da es sich wieder um kantonale Kompetenzen handelt.

Im Bereich Mobilität sieht die Lage nicht besonders gut aus. Die Stadt hat sich das Ziel gesetzt, den Energieverbrauch pro Person um 45% zu reduzieren. Dazu ist sowohl ein grösserer Anteil Elektrofahrzeuge als auch eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs (MIV) notwendig. Leider fehlt eine zuverlässige Datengrundlage, um genaue Aussagen über Trends zu treffen, da zum Teil nationale und kantonale Datensätze verwendet wurden, die auf die Stadt abgerechnet wurden, aber es scheint unwahrscheinlich, dass dieses Ziel ohne weitere Massnahmen erreicht wird. Die Anzahl immatrikulierter Fahrzeuge ist in den letzten Jahren gestiegen. Nur wenige Prozent des gesamten Fahrzeugparks sind hybrid oder elektrisch. Ausserdem ist zwischen 2011 und 2019 gemäss der Datengrundlage der (mit ca. 20% vergleichsweise tiefe) Anteil des MIV an der Anzahl Arbeitswege leicht gestiegen, wobei die Anzahl gefahrener Kilometer gleichzeitig um ca. 20% zurückgegangen ist. Dass mehr Menschen mit dem Auto zur Arbeit fahren, aber insgesamt weniger Auto gefahren wird, ist jedoch kaum glaubwürdig und zeugt von der schlechten Qualität der Datengrundlage. Die Stadt handelt in verschiedenen Bereichen, um eine echte Mobilitätswende zu ermöglichen (Umbau von Infrastruktur, Förderung von City-Logistik und kombinierter Mobilität, Energieeffizienz bei Bernmobil), hat aber auch hier die entscheidenden Karten nicht in der Hand (z.B. Lenkungsabgaben, Verbote von fossilbetriebenen Fahrzeugen). – von Oscar Hughes



1. zerschlagen wir lieber als geschirr
2. si mir immerno!
3. ehemalige stadträtin der JA!
4. anzahl sitze der JA! im berner stadtrat
5. in diesem berner quartier befindet sich das sekretariat der JA!
6. rechts abbiegen, links...
7. so alt wurde die JA! dieses jahr
8. ein etwas mühsamer berner stadtrat
9. für das setzen wir uns (unter anderem) ein
10. fragwürdiges bündnis
11. spanisch: "nicht eine weniger"
12. zeitschrift der reitschule
13. dance am sonntagnachmittag im (ehemaligen) frauenraum
14. eine grosse angst von alten männern
15. faschismus mit drei buchstaben
16. für einfreies bern
17. können wir gut und machen wir gerne
18. diese initiative musst du unbedingt noch unterschreiben
19. buch von kim de l'horizon
20. stärkste jungpartei im stadtrat
21. in katar nicht vorhanden
22. auch jung aber definitiv keine alternative!
23. ebenfalls mühsamer stadtrat, reimt sich auf stress
24. nur im namen grün

Impressum

Junge Alternative JA!
Breitenrainstrasse 59
Postfach – 3001 Bern

www.jungealternative.ch
CH11 0839 0036 4086 1000 5

Redaktion: Raphael Wyss, Mahir
Sancar, Livia Calabretti, Eva Krattiger,
Nora Joos, Anna Jegher, Gregor
Schmucki, Oscar Hughes

Layout: Fabienne Engler